

V0461/22

**Kitas - Arbeitsgruppe erweitern**

**- Ergänzungsantrag zu V0155/22/1 der Stadtratsgruppe DIE LINKE vom 09.05.2022 (V0430/22)**

**- Stellungnahme der Verwaltung (Referent: Herr Engert)**

**Stadtrat vom 26.07.2022**

*Der Antrag der Verwaltung V0461/22 und der Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE V0430/22 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.*

Hier gehe es wieder mal um die Betreuung der Kinder so Stadträtin Bulling-Schröter. Es werde stetig diskutiert, was verbessert werden könne. Dabei verweist sie auf eine Projektgruppe, welche sich in zwei Gruppen, aufgeteilt habe. Vorschlag der Stadtratsgruppe DIE LINKE sei, eine Erweiterung dieser Gruppe. Sie regt an, auch die Gewerkschaften und andere Gruppierungen an dieser Gruppe zu beteiligen, da ihres Erachtens diese Wichtiges dazu beitragen können. Stadträtin Bulling-Schröter gibt zu Protokoll, dass sie es sehr schade finde, dass ihr Vorschlag abgelehnt worden sei.

Stadträtin Mayr verweist auf die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 30.06.2022. Hier sei zum Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE keine Abstimmung erfolgt. Sie gehe davon aus, dass der Antrag noch zur Abstimmung gestellt werde.

Herr Engert teilt mit, dass die Kenntnisnahme der Verwaltungsvorlage die Ablehnung des Antrags der Stadtratsgruppe DIE LINKE bedeute. Dies gehe aus der Stellungnahme hervor. An Stadträtin Bulling-Schröter gewandt merkt er an, dass es keinen Sinn mache, in eine Arbeitsgruppe auf der operativen Ebenen, welche sich um die Verbesserung der Situation der Ausbildung und der Anstellung der ErzieherInnen kümmere, die Tarifparteien aufzunehmen.

Hier stelle sich die Frage nach der Stadtratspflicht, da ein operatives Geschäft in die Zuständigkeit der laufenden Verwaltung falle, so Oberbürgermeister Dr. Scharpf.

Die Mitglieder des Stadtrates nehmen dies zur Kenntnis.

Abstimmung über den Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE V0430/22:

Gegen die Stimmen der Stadtratsgruppe DIE LINKE, die Stimmen der FW-Stadtratsfraktion und die Stimme von Stadträtin Segerer, wird der Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE V0430/22 abgelehnt.